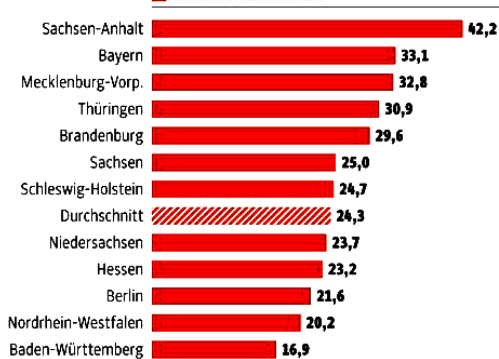


# Landflucht fördern – Nichtdeutsche schützen

Braucht die Altmark Zuwanderung? Spontan denkt man, dieser Titel sei der Feder einer mittelmäßigen Redakteurin von Günter Jauchs Talkshow eingefallen, so sehr klingt er nach naivdoofen Titeln wie „Haben wir die braune Gefahr unterschätzt?“ oder „Hat Deutschland ein Sexismus-Problem?“. Aber so gutmeinend hier eine Diskussion angestrebt wird, in der „alle Seiten“ gehört werden sollen, gleich wie uninformiert, populistisch oder marktliberal sie sind, kann es auf die Titelfrage nur eine Antwort geben: Nein. Keine Zuwanderung für die Altmark!

Im Bundesland mit der höchsten Quote an Ausländerfeindlichkeit ist nicht zu erwarten, dass Menschen ohne deutschen Pass sicher leben können. Wer in den Augen

■ Ausländerfeindlichkeit



ostdeutscher Rassistinnen und Rassisten nicht deutsch aussieht, nicht Teil ihrer dörflichen Inzestcliquen ist, wer kein Leben anstrebt, das die kümmerliche eigene Scholle heroisiert und wer als „Volksverräter“ erkannt ist, ist hier massivster Gewalt ausgesetzt. Beschimpfungen, Bedrohungen, gewalttätige Übergriffe, Brandstiftungen an Unterkünften, in denen auch Kinder leben sollen sind alltägliche Realität in Sachsen-Anhalt.

Auch in der Altmark. Teil des Problems sind Politiker, wie der altmärkische Landrat Michael Ziche. Ginge es nach ihm, kämen Flüchtlinge aus der zentralen Aufnahmestelle in Halberstadt bis zu ihrem Zwangsheimflug gar nicht mehr heraus. Abschiebungen will er vorantreiben. Es sollen „mehr sichere Herkunftsländer“ benannt werden, in die abgeschoben werden soll, wer es gerade unter Einsatz des Lebens aus der Hölle von Krieg, Verfolgung und Frontex nach Deutschland geschafft hat. Sichere Herkunftsländer, der willkürliche Begriff meint Länder wie Serbien, in denen Roma und Homosexuelle massivster Gewalt durch Staat und Bevölkerung ausgesetzt sind. Flankiert werden Ziches Wahlkampfprüche von Medien wie der Volksstimme, die journalistischen Anspruch längst aufgegeben hat und die Aussagen brav ohne kritische Bemerkung abdruckt.

Selbst die Stadt Stendal ist kein Ort, an dem Nichtdeutsche oder Menschen mit dem falschen Aussehen sich sicher fühlen können. Gegenüber der Homöopathie-Apotheke liegt der Naziladen in bester Lage, vollständig akzeptiert und integriert.

Das Stadtbild ist geprägt von gutgekleideten Studienrätinnen neben stolzen Thor-Steinar-Kahlköpfen. Vor wenigen Jahren musste eine Studentin der Hochschule ihr Studium abbrechen und Stendal verlassen, weil sie die täglichen rassistischen Beschimpfungen und Demütigungen nicht mehr ertrug. Geschehen ist nichts. Was ihr passiert ist, ist nur die Spitze des Eisbergs. Was z.B. geflüchtete Menschen im Landkreis erleben, bleibt unbemerkt. Ihr Kontakt in die Mehrheitsbevölkerung wird gezielt unterbunden, Abschiebungen sollen ohne Widerstand durchgeführt werden können. Eine übertriebene Mühe, schließlich will die Stendaler Öffentlichkeit gar nichts von ihnen wissen. In der bürgerlichen Öffentlichkeit der Kleinstadt herrscht eine mit Selbstgefälligkeit vorgetragene Borniertheit, der Wohlfühl-common sense der Konformisten, die ihre Angepasstheit als Mündigkeit verkennen. Gegen ihre Harmonieformeln klingen selbst die marktliberalen Slogans, man wolle Flüchtlinge gerne aufnehmen, wenn sie sich für die deutsche Wirtschaft verheizen lassen, progressiv. Hannah Arendt schrieb einmal über das politische Klima in Deutschland, man fühle „sich erdrückt von einer um sich greifenden öffentlichen Dummheit, der man kein korrektes Urteil in den elementarsten Dingen zutrauen kann“.

Auch bei rassistischen Übergriffen, bei realer Gewalt zeigen sich die typische Ignoranz, die entsetzliche Kältherzigkeit und die erstaunliche Fähigkeit der Politik Sachsen-Anhalts, Vorfälle für eigene Zwecke auszuschlachten. Das Dorf Tröglitz im Süden Sachsen-Anhalts erreichte jüngst traurige Bekanntheit, da hier zuerst die Familie des Bürgermeisters ungeschützt einem Braunmob gegenüberstand und dann die geplante Geflüchtetenunterkunft brannte. Danach stimmte der Innenminister von Sachsen-Anhalt das alte Lied an, nach Tätern müsse in allen Millieus gesucht werden und die Lokalpresse sang freudig mit.

Dass Tröglitz noch nicht in ähnlicher Form in der Altmark stattgefunden hat, ist allein der Strukturschwäche der Region zu verdanken. Die äußerst geringe Bevölkerungsdichte verhinderte bisher, dass Nationalsozialist/innen auch hier eine Nazidauer-mobilisierung gegen Flüchtlinge organisieren konnten, geschützt von der Ignoranz und heimlichen Billigung der Normalbevölkerung. Strukturschwäche und Abwanderung sind die hervorstechenden Standortvorteile der Altmark, die sie anderen ostdeutschen Nestern voraus hat. Die Abwanderung muss vorangetrieben, die strategische Integration der altmärkischen Bevölkerung in urbane, heterogen bevölkerte und soziokulturell entwickelte Räume gezielt gefördert werden.

Bis das erreicht ist: Aufnahme aller geflüchteter Menschen in Wohnungen und Häusern in bester Lage. Förderung eines selbstorganisierten Schutzes. Absoluter Abschiebestopp.

Abbau der Altmark vorantreiben. Landflucht fördern. Rassist/innen zivilisieren.  
BAW – Bündnis Altmark zu Weidefläche.